

NR. 22 | 16.12.2011 |

Beharrliche Verhandlungsstrategie bringt den Erfolg

Erstmals alle Staaten der Erde beim Klimaschutz dabei

Die Klimakonferenz von Durban hat nach langen, schwierigen Verhandlungen erstmals in der Geschichte den Weg zu einem rechtsverbindlichen Klimaschutzabkommen zwischen allen Staaten der Erde geebnet. Das ist ein Ergebnis einer konsequenten Verhandlungsstrategie der EU, an der Deutschland maßgeblichen Anteil hatte. Es zeigt, dass man mit einer beharrlichen und konsequenteren Verhandlungstaktik auch mehr als 190 Länder auf ein Ziel ausrichten kann.

Das Ziel der längsten Klimakonferenz der Geschichte war klar definiert: Es sollte zumindest der Fahrplan für ein Klimaabkommen beschlossen werden, das sämtliche Staaten der Erde bindet. Durch ein starkes Bündnis mit den am schwächsten entwickelten Staaten und den am meisten vom Klimawandel bedrohten kleinen Inselstaaten haben Deutschland und Europa einen solchen weltweiten Zusammenschluss für den Klimaschutz am Ende erreicht. Wenn spätestens im Jahr 2015 die Detailverhandlungen zum neuen Klimaschutzabkommen abgeschlossen sind, werden erstmals alle Staaten gemeinsam für eine Reduzierung des Ausstoßes von klimaschädlichem Kohlendioxid sorgen – mit dabei sind dann erstmals auch die großen CO₂-Verursacher USA und China.

China und USA eingebunden

ein Komitee zur Klimaanpassung und ein internationales Netzwerk für Technologiekooperationen. Entscheidend für den Erfolg von Durban war, dass die bislang immer geschlossene Allianz der Entwicklungsländer mit China, die sogenannten G77 plus China, aufgebrochen werden konnte.

Bis vor kurzem teilte sich die Welt in Sachen Klimaschutz in zwei Kategorien: Die Gruppe der Industriestaaten und die Gruppe der Entwicklungsländer. Mit dem Kyoto-Protokoll waren die Industriestaaten verpflichtet, das klimaschädliche Kohlendioxid zu reduzieren. Für die Entwicklungsländer war der Klimaschutz freiwillig. Doch mit Blick auf die Zukunft ist diese Zweierteilung nicht mehr zielführend. Das klimaschädliche Kohlendioxid wird in erheblichem Maße längst nicht mehr in den bislang zum Klimaschutz verpflichteten Staaten produziert. China ist der größte Emittent von Treibhausgasen. Deutschland beispielsweise sorgt lediglich für 3 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes und nachdem Japan, Kanada und Russland ihren Ausstieg aus dem Kyoto-Protokoll angekündigt haben, verursachen die verbleibenden Kyoto-Länder zusammen nur noch 15 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen. Ohne die großen Emittenten und die Entwicklungsländer mit einzubeziehen, wäre der Klimaschutz zum Scheitern verurteilt.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!

Wenn dieses Jahr zu Ende geht, bleiben vor allem zwei politische Herausforderungen in Erinnerung. Zum einen die verheerenden Naturkatastrophen in Japan mit unzähligen Opfern und den schrecklichen Vorfällen in Fukushima. Nach der Havarie des Kernkraftwerks hat die christlich-liberale Koalition klare und schlüssige Folgerungen für die deutsche Energieversorgung gezogen. Zum anderen bleiben die Herausforderungen der europäischen Staatsschuldenkrise nachhaltig in Erinnerung. Auch hier haben wir konsequent gehandelt und Europa auf den Weg in eine neue Stabilitätskultur gebracht. Beide Themen werden weiterhin unsere besondere Aufmerksamkeit benötigen.



Die Ergebnisse des jüngsten europäischen Gipfeltreffens in Brüssel und die Ergebnisse der Klimakonferenz in Durban haben gezeigt, dass wir mit Beharrlichkeit, Verlässlichkeit und Geduld unsere Ziele erreichen können. Nur mit einem klaren eigenen Kompass kann man erfolgreich verhandeln. Mit dieser Strategie hat die Bundeskanzlerin auf dem EU-Gipfel den Weg in eine Stabilitätsunion geebnet und 26 der 27 EU-Staats- und Regierungschefs überzeugt. Wer die gemeinsamen Grenzen von Staatsdefizit und Gesamtverschuldung nicht beachtet, unterliegt demnächst Eingriffen der Vertragsgemeinschaft. Das sind keine Strafen, sondern Reformpflichten und diese werden die betroffenen Mitgliedstaaten nicht schädigen, sondern stabilisieren. Jetzt gilt es, die Beschlüsse zügig umzusetzen. Dass die Briten hier noch nicht mitmachen, ist bedauerlich, auch Großbritannien lebt von der Solidarität innerhalb Europas.

Ich wünsche Ihnen einen friedlichen restlichen Advent, ein frohes Weihnachtsfest und Gottes Segen für das Jahr 2012.



Dr. Reinhard Brandl MdB

Debatte: Stand der Deutschen Einheit

Erfolgsgeschichte mit Herausforderungen

Zwei Jahrzehnte nachdem Deutschland von Mauer und Stacheldraht befreit wurde, debattierte der Bundestag den Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2011. Das Ergebnis: Die letzten beiden Jahrzehnte brachten einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung und die nächsten Jahrzehnte bringen eine herausragende Zukunftsaufgabe: Den demografischen Wandel.

„Die Arbeitslosigkeit ist in den Neuen Ländern in den vergangenen Jahren trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich gesunken und liegt inzwischen unter einer Million. Dies ist der niedrigste Wert seit der Wiedervereinigung“, solche Feststellungen im Bericht der Bundesregierung zeigen, dass Deutschland zusammen gewachsen ist. Doch Wunden klaffen an vielen Stellen noch immer, wie der Bericht ebenfalls feststellt: „Ein wichtiger Schwerpunkt bleibt die Aufarbeitung des SED-Unrechts. Ziel ist, das öffentliche Bewusstsein über das menschliche Leid in der kommunistischen Diktatur der DDR zu schärfen und nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.“ Aus Sicht der

CSU-Landesgruppe kommt daher der Aufarbeitung der SED-Diktatur beim weiteren Zusammenwachsen von Ost



Bild: René Peitz

und West eine entscheidende Rolle zu. Das DDR-Unrechtsregime darf nicht in Vergessenheit geraten.

Eine herausragende Zukunftsaufgabe für Deutschland ist laut

dem Bericht die Gestaltung des demografischen Wandels. Die Bevölkerungszahl werde sowohl in West- als auch in Ostdeutschland weiter zurückgehen. Zudem werde sich der Alterungsprozess beschleunigen: „In Ostdeutschland verlaufen diese Prozesse schneller und tiefgreifender. Bis 2030 werden die Neuen Länder ein Drittel, bis 2050 die Hälfte ihrer Bevölkerungszahl von 1991 verloren haben. Das hat weitreichende Auswirkungen auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.“ In der Bewältigung dieser Herausforderungen könnte Ostdeutschland innovative Antworten auf den demografischen Wandel für das gesamte Bundesgebiet geben.

Diese Woche

Beharrliche Verhandlungsstrategie bringt den Erfolg

**Erstmals alle Staaten der Erde
beim Klimaschutz dabei** 1

Debatte: Stand der Deutschen Einheit

Erfolgsgeschichte mit Herausforderungen 2

Mediationsgesetz entlastet Gerichte

Streitschlichtung durch Mediation 2

Deutsche Handschrift der Kanzlerin auf dem EU-Gipfel

Auf dem Weg in eine Stabilitätsunion 3

Deutschlands immaterielle Kulturgüter schützen

Koalition fordert: UNESCO-Konvention ratifizieren! 4

Klausurtagung der CSU-Landesgruppe

Hochkarätige Gäste in Wildbad Kreuth 4

Afghanistan-Einsatz

Abzugsperspektive 4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Christian Zentner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cdcsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Mediationsgesetz entlastet Gerichte

Streitschlichtung durch Mediation

Die christlich-liberale Koalition hat mit dem Mediationsgesetz den Weg geebnet, Konflikte künftig noch stärker außergerichtlich und trotzdem rechtssicher zu lösen. Mit dem Mediationsgesetz kann auch die bisherige Mediationspraxis in der bayerischen Sozialgerichtsbarkeit fortgeführt und weiterentwickelt werden.

Das Mediationsgesetz soll die außergerichtliche Konfliktlösung fördern und damit auch die Gerichte entlasten. Bei einer Mediation erarbeitet ein neutraler Moderator gemeinsam mit den Konfliktparteien eine Lösung. Das führt schon heute teilweise zu schnelleren, kostengünstigeren und vor allem auch einvernehmlicheren Ergebnissen, als ein Gerichtsverfahren. Allerdings waren die verschiedenen Formen der Mediation bislang weitgehend ungeregelt, was zu Rechtsunsicherheit und neuem Streit führen konnte. Auch die Qualifikation der Mediatoren wird jetzt mit dem Gesetz festgeschrieben. Als zertifizierter Mediator darf sich zukünftig nur noch derjenige bezeichnen, der eine umfassende Ausbildung zum Mediator durchlaufen hat und sich permanent weiter fortbildet. Dies sichert die Qualität der Mediation.

Das Ziel der CSU-Landesgruppe in den Beratungen war auch, mit den neuen Regelungen das bewährte bayerische Güterichtermodell nicht in Frage zu stellen. Dies ist der Landesgruppe mit einer gesetzlichen Festschreibung solcher Modelle in der Zivilprozessordnung gelungen. Allerdings wird es hierbei zu einigen Veränderungen der bisherigen Praxis kommen. Künftig kann ein Gericht die Parteien nicht nur für die erste Güteverhandlung, sondern auch für mögliche weitere Güteversuche an den Güterichter verweisen. Außerdem gibt es eine flexiblere Auswahlmöglichkeit für die Parteien. Der ersuchte Güterichter muss nicht am selben Gericht tätig sein, sondern darf auch einem anderen Gericht angehören. Maßgeblich ist seine Qualifikation als Güterichter und nicht seine Zuständigkeit als Richter.

Deutliche Handschrift der Kanzlerin auf dem EU-Gipfel

Auf dem Weg in eine Stabilitätsunion

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat auf dem Europäischen Rat am 9. Dezember 2011 den Weg in eine europäische Stabilitätsunion gebnet, die sich eng an den Überzeugungen der christlich-liberalen Koalition orientiert. Die Wirtschafts- und Währungsunion wird mit den Vereinbarungen auf dem EU-Gipfel, die bis März ausgestaltet werden sollen, auf eine gestärkte vertragliche Grundlage gestellt.

Mit den Beschlüssen des jüngsten EU-Gipfels entsteht ein Europa der Stabilität, der Solidarität und des Vertrauens. Eine Vergemeinschafung der Schulden durch Euro-Bonds wird es dagegen nicht geben. Ebenso wird es keine dauerhaften Ankäufe durch die Europäische Zentralbank geben. Dies verhindert zu haben, ist ein ebenso großer Erfolg wie die eigentlichen Gipfel-Beschlüsse.

Von Beginn an stand für die christlich-liberale Koalition fest, dass die europäische Staatsschuldenkrise nur bewältigt werden kann, wenn die Ursache bewältigt wird. Die Mitgliedstaaten sind selbst für ihre Wirtschafts- und Haushaltspolitik verantwortlich, deshalb muss jeder zunächst seine Haushalte in Ordnung bringen. Bei sämtlichen Maßnahmen zur akuten Krisenbewältigung wird es daher ein ausgewogenes Verhältnis von nationaler Eigenverantwortung und europäischer Solidarität geben. Dies auf dem EU-Gipfel erreicht zu haben, ist ein historischer Erfolg der Bundeskanzlerin. Es werden nicht lediglich die Symptome gelindert, die Staatsschuldenkrise wird vielmehr mit Beharrlichkeit, Verlässlichkeit und Geduld an der Wurzel bekämpft.

Auf europäischer Ebene werden künftig detaillierte und ehrgeizige Vorgaben festgeschrieben, ähnlich der Schuldenbremse in Deutschland. Das Ziel lautet: Ohne Sondereinflüsse müssen die Haushalte grundsätzlich ausgeglichen sein. Wer die Vorgaben der Stabilitätsunion im Hinblick auf die Defizit- und die Schuldenstandsquote nicht einhält, unterliegt demnächst Eingriffen der Vertragsgemeinschaft.

Dabei sind diese Eingriffe keine Strafen, sondern nationale Reformpflichten und diese werden die betroffenen Mitgliedstaaten nicht schädigen, sondern stabilisieren – sie liegen also gleichermaßen im europäischen wie im jeweiligen nationalstaatlichen Interesse. Wird künftig die Drei-Prozent-Defizitobergrenze für

neue Schulden überschritten, so wird es einen Automatismus zu einem Defizitverfahren geben. Lediglich mit Zustimmung einer qualifizierten



Pressekonferenz zum EU-Gipfel mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

Bild: Bundesregierung/Guido Bergmann

Mehrheit der Mitgliedstaaten könnte dieses Verfahren aufgehoben werden. Und die bestehenden Schul-

den müssen sukzessive abgebaut werden. Mitgliedstaaten, die die 60%-Gesamtdefizitgrenze nicht einhalten, müssen innerhalb von 20 Jahren die Gesamtverschuldung unter diese Grenze bringen. Das gilt auch für Deutschland.

Wer diese Eigenverantwortung ernst nimmt, der kann mit der Solidarität der europäischen Partner fest rechnen. Hierfür steht der EFSF mit den im November beschlossenen Leitlinien zur Verfügung. Hierfür wird aber auch der Start des dauerhaften Rettungsschirms ESM, der die EFSF ablösen wird, auf 2012 vorgezogen. Dabei ist eine Kapitalbeteiligung des Bundes schon im kommenden Jahr notwendig. Das ist ein wesentlicher Unterschied zum EFSF und wichtig für die Glaubwürdigkeit des ESM.

++++ Blick nach links ++++ Blick nach links ++++

Linke Piraten

Die Piratenpartei und Die Linke – wächst da zusammen, was zusammen gehört? Bisher haben die selbsternannten Freibeuter den Anschein zu erwecken versucht, sie seien jung, vielleicht etwas chaotisch, aber prinzipiell undogmatisch. In Wirklichkeit machen sie auf kommunaler Ebene längst gemeinsame Sache mit der Ex-SED. So bilden sie in Wiesbaden, Oldenburg, Hameln, Wolfenbüttel-Salzgitter und andernorts gemeinsame Stadtrats- oder Kreistagsfraktionen bzw. -gruppen. Im nordrhein-westfälischen Werl wechselt nun voraussichtlich eine ganze Linke-Fraktion nebst anderen Parteimitgliedern geschlossen zu den Piraten. Was ausgerechnet ein Haufen von Antiliberalen und Staatsinterventionisten wie Die Linke mit der von den Piraten auch so gern beschworenen Freiheitlichkeit zu tun haben soll, ist mehr als fraglich. Als liberale Alternative diskreditieren sich die Piraten damit jedenfalls selbst.

Linkere Sozis

Die neu gewählte Sprecherin der SPD-Linken Hilde Mattheis hat ihre Partei zu „Offenheit und Pragmatismus“ im Umgang mit der Linkspartei aufgerufen. Oder im Klartext: zu Machtgier und Prinzipienlosigkeit. Die zentrale Botschaft: Die SPD müsse an ihrer Bündnisfähigkeit im linken Spektrum arbeiten. Das heißt nichts anderes, als den Drang zur Macht über Inhalte zu stellen. Mattheis' Parteichef Sigmar Gabriel, der in der Regel ebenfalls gern Form über Inhalte stellt, hatte Die Linke zuletzt als nicht bündnisfähig und ihre politische Haltung als „populistische Fundamentalopposition“ bezeichnet. Wer von beiden wird am Schluss das Sagen haben? Sicherlich Mattheis. Denn die Parteilinke in der SPD kann ohne Gabriel ihr Lieblingsspiel – ebenfalls Fundamentalopposition – weiterspielen. Gabriel aber kann ohne die Parteilinke nicht Kanzler werden. Keine rosigen, eher rostrote Aussichten für Deutschland.

Deutschlands immaterielle Kulturgüter schützen

Koalition fordert: UNESCO-Konvention ratifizieren!

Neben den bekannten UNESCO-Welterbestätten für materiell greifbare Kulturdenkmäler, Naturstätten und Kulturlandschaften ist im Jahr 2006 eine Konvention zum Schutz des immateriellen – also körperlosen – Kulturerbes in Kraft getreten. Die christliche-liberale Koalition will die Ratifizierung dieser UNESCO-Konvention nun in Zusammenarbeit mit den Bundesländern zügig vorantreiben. Denn ohne Ratifizierung können keine deutschen Titel in die Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit aufgenommen werden.

Mit dem Antrag im Bundestag von CDU/CSU und FDP soll der Ratifizierungsprozess der Konvention zum Schutz des immateriellen Kulturerbes nun zügig in Gang kommen. Das immaterielle Kulturerbe ist die logische Ergänzung zu den UNESCO-Welterbestätten. Es umfasst „Praktiken, Darbietungen, Ausdrucksformen, Kenntnisse und Fähigkeiten – sowie die damit verbundenen Instrumente, Objekte, Artefakte und Kulturräume –, die Gemeinschaften, Gruppen und gegebenenfalls Individuen als Bestandteile ihres Kulturerbes ansehen.“ Dazu gehören beispielsweise mündlich überlieferte Traditionen

und Ausdrucksformen, einschließlich der Sprache und gesellschaftlichen Praktiken, Ritualen und Festen. Auch Wissen und Praktiken im Umgang mit der Natur und Fachwissen über traditionelle Handwerkstechniken können auf die Liste zum Schutz des immateriellen Kulturerbes aufgenommen werden.

Der Grund, dass Deutschland die neue UNESCO-Konvention noch nicht ratifiziert hat, war die Unklarheit darüber, nach welchen Kriterien immaterielle Kulturgüter ausgewählt werden sollten. Zudem wurde von Experten angeführt, dass es aufgrund

der fehlenden Kriterien zu Missbrauch durch ökonomische, politische oder ideologische Interessen kommen könnte. Auch die Frage möglicher neuer Rechtsansprüche durch Ratifizierung der Konvention war offen. Diese Bedenken konnten durch die Umsetzungspraxis anderer Länder jedoch weitgehend ausgeräumt werden. Einer Ratifizierung steht nun nichts mehr im Wege. Die Liste der immateriellen Kulturgüter unterstreicht die Bedeutung solcher menschlichen Kulturleistungen und trägt zur gegenseitigen Wertschätzung auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene bei.

Klausurtagung der CSU-Landesgruppe

Hochkarätige Gäste in Wildbad Kreuth

Es ist der politische Auftakt des Jahres 2012: Vom 4. bis 6. Januar kommt die CSU-Landesgruppe zu ihrer traditionellen Klausurtagung in Wildbad Kreuth zusammen. Drei Tage lang ziehen sich die christlich-sozialen Abgeordneten in die bayerischen Berge an den Tegernsee zurück und formulieren grundsätzliche Positionen zu drängenden Fragen dieser Zeit.

Auf dem Programm der Tagung steht auch der Dialog mit hochrangigen deutschen und internationalen Repräsentanten aus den Bereichen Wirtschaft, Finanzmarkt, Rechtswissenschaft und Politik. Als Gäste wird die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt, beispielsweise den niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte und den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Andreas Voßkuhle, begrüßen.

Auch aus den Bereichen Wirtschaft und Finanzen werden hochrangige Repräsentanten bei der Landesgruppe zu Gast sein. Für einen Dialog werden der Leiter der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), Klaus Regling, sowie der

Vorstandsvorsitzende der Münchener Rück AG, Dr. Nikolaus von Bomhard und der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Prof. Dr. Dieter Hundt, erwartet.



Hanns-Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth

penvorsitzenden. Von besonderem Interesse ist daneben jedes Jahr die anschließende Aussprache der 44 CSU-Bundestagsabgeordneten zur politischen Lage und die Rede des CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer. Einen kurzen Bericht geben auch die Vorsitzenden von Landtagsfraktion und Europagruppe, die ebenfalls an der Klausurtagung teilnehmen.

Afghanistan-Einsatz

Abzugsperspektive

Nach zehn Jahren soll die Zahl der in Afghanistan eingesetzten deutschen Soldaten erstmals sinken. Im Januar stimmt der Bundestag über den weiteren Einsatz ab.

Für die CDU/CSU-Fraktion ist der richtige Zeitpunkt gekommen, um ab 2012 die Zahl der Soldaten in Afghanistan erstmals zu reduzieren. Möglich wird dies, weil die seit 2010 von der christlich-liberalen Koalition verfolgte Strategie für den Norden Afghanistans Erfolge zeigt. Die Zahl der Anschläge und Gefechte ist im Jahr 2011 beispielsweise erstmals insgesamt zurückgegangen. Dies ermöglicht die Umsetzung des Konzepts der Übergabe in Verantwortung an afghanische Sicherheitskräfte. Dennoch gilt für die Koalition: Die verantwortungsvolle Übergabe der Verantwortung an die Afghanen hat Vorrang vor der Verwirklichung ehrgeiziger Zeitpläne. Und es gibt eine Verantwortung über 2014 hinaus. Wenn das bisherige Engagement der Bundeswehr beendet wird, werden zur Bewältigung der Ausbildungsaufgaben weiterhin einige Soldaten in Afghanistan präsent bleiben.